



Positionspapier

Infrastrukturausbau und Umwelt als Schlüsselbereiche definieren

FEEI – Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie

Mag. Brigitte Ederer, Obfrau des FEEI

Dr. Lothar Roitner, Geschäftsführer des FEEI

Mariahilfer Straße 37–39, 1060 Wien

T: 01 58839-0 | www.feei.at

Infrastrukturausbau und Umwelt als Schlüsselbereiche definieren

Die fortschreitende Digitalisierung aller Lebensbereiche bringt große gesellschaftliche Herausforderungen mit sich, eröffnet aber gleichzeitig enorme Chancen für den Standort Österreich und die Elektro- und Elektronikindustrie.

Die Elektro- und Elektronikindustrie ist Taktgeber für Innovation und Fortschritt. Leistungsfähige Infrastruktur, smarte Städte, energieeffiziente Technologien und intelligenter Verkehr sind Lösungen für die großen Herausforderungen der Zukunft – von der Urbanisierung über den Klimawandel bis hin zu steigenden Mobilitätsbedürfnissen: Die voranschreitende Digitalisierung aller Lebensbereiche macht die Elektro- und Elektronikindustrie zur Schlüsselbranche schlechthin. Anwendungen wie Industrie 4.0, e-Mobilität oder das Internet of Things werden durch sie erst möglich, wodurch sie immer mehr zum Rückgrat der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung avanciert.

Mit rund 65.000 Beschäftigten, einem Produktionswert von 15,3 Mrd. Euro und einem Exportanteil von 80 Prozent ist die Elektro- und Elektronikindustrie der zweitgrößte industrielle Arbeitgeber Österreichs. Forschungs- und Entwicklungsausgaben von 20.000 Euro pro Beschäftigtem, die sich auf insgesamt rund eine Milliarde Euro pro Jahr belaufen, machen sie zur forschungsintensivsten Branche und verdeutlichen ihre Bedeutung für Technologie und Innovation.

Um sicherzustellen, dass Innovation, Beschäftigung und Prosperität der Branche weiterhin gesteigert werden können und Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Österreich ausgebaut werden, fordert der FEEI – Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie die nachfolgenden Maßnahmen.

Als offizielle Interessenvertretung sichert der FEEI der Regierung seine aktive Unterstützung bei der Umsetzung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Regierungsprogramms zu.

1. Infrastrukturausbau forcieren

Verkehr

e-Mobilität: In Verbindung mit den in den nächsten Jahren zu erwartenden Maßnahmen bei der Klimapolitik wird die e-Mobilität als „Wachstumstreiber“ identifiziert. Die Umsetzung in der Vergangenheit war jedoch wesentlichen mit „Wachstumsbarrieren“ (Ladeinfrastruktur etc.) konfrontiert. Am nationalen Markt müssen die verschiedenen Aktivitäten so aufeinander abgestimmt werden, dass Effizienzpotentiale realisiert werden und die einzelnen Aktivitäten für sich gesehen eine erhöhte Erfolgchance bekommen.

Die Digitalisierung erfasst auch alle Bereiche des Verkehrs. Neue Betreibermodelle für Mobilität (Autohersteller, Drittanbieter) werden sich entwickeln. Diese neuen Betreibermodelle werden nicht nur für den Bereich des Verkehrs, sondern auch für die Beleuchtung („Light as a Service“) relevant werden.

Die Elektro- und Elektronikindustrie ist darauf vorbereitet und ein kompetenter Ansprechpartner bei intermodaler und intelligenter Verkehrssteuerung (EU-Weißbuch) für politische Entscheidungsträger. Auch hier gilt es Österreich als Leitmarkt zu positionieren. Rahmenbedingungen dafür sind z.B. ein faires Vergabewesen.

Soweit mittel- oder langfristig die e-Mobilität sich als Übergangstechnologie herausstellen sollte, kommt der Forschung und Entwicklung bei neuen Technologien wie z.B. Brennstoffzellen große Bedeutung zu. Die Elektro- und Elektronikindustrie hat im automotiven Bereich eine wichtige Position und soll diese in dem sich verändernden Umfeld erhalten und ausbauen.

Konkrete Maßnahmen:

- ▶ Intelligente Lösungen bei intermodalem Verkehr bzw. Verkehrssteuerung erfordern standardisierte Lösungen zwischen den jeweils beteiligten Akteuren. Hier kommt der Notwendigkeit der Standardisierung eine hohe Priorität zu. Ein entsprechender Bedarf dafür ist gegeben, um die erforderliche Interoperabilität sicherzustellen. Der FEEI spricht sich für die Notwendigkeit der Etablierung einer gemeinsamen Plattform „Intelligente Verkehrssteuerung“ mit den ÖBB und Verkehrsverbänden unter Einbeziehung der Elektro- und Elektronikindustrie aus. Soweit es bestehende Aktivitäten auf Ebene des ÖVE gibt, sind diese zu berücksichtigen.

- ▶ Die Elektro- und Elektronikindustrie fordert die Erstellung einer Roadmap zum Ausbau der Infrastruktur für e-Mobilität unter Einbeziehung von Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Auch die Gründung einer Plattform für den Austausch der unterschiedlichen Anbieter der Steuerungssysteme zur Entwicklung von standardisierten Modellen, um Österreich als Leitmarkt für Verkehrssteuerungssysteme zu positionieren, wird seitens der Industrie gefordert.
- ▶ Zudem ist es für die Elektro- und Elektronikindustrie wesentlich, dass verbindliche Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Ziele des EU-Weißbuchs für den Verkehr geschaffen werden.

Breitband

Eine moderne Infrastruktur ist die Lebensader jedes Wirtschaftsstandortes. Essentieller Teil davon sind leistungsfähige Breitbandnetze zum schnellen Informations- und Wissensaustausch. Breitband stellt für immer mehr Lebensbereiche eine unabdingbare Voraussetzung dar, ob Smart Metering, Smart Cities, e-Government, Industrie 4.0 oder die elektronische Krankenakte ELGA.

Berechnungen des WIFO zu Folge¹ sichert ein Investment von 1,5 Mrd. Euro in den Breitbandausbau 64.200 Arbeitsplätze. Die Weltbank² kommt zum Schluss, dass ein Anstieg der Breitbandpenetration um 10 Prozent zu einer Steigerung des BIP pro Kopf um 1,2 Prozent führt.

¹Vgl. Karl Aiginger, Klaus Friesenbichler, 2012

²Vgl. Qiang, C., Rossotto C, Kimura K. (2009). Economic Impacts of Broadband. Kapitel 3 in: Information and Communications for Development 2009, World Bank, Washington.

Konkrete Maßnahmen:

Aufstockung der verfügbaren Fördermittel auf insgesamt 10 Mrd. Euro

Insbesondere der Ausbau leistungsfähiger 5G-Netze ist für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Die flächendeckende Einführung von 5G bedarf einer drastischen Erhöhung der Sendestandorte im gesamten Bundesgebiet. Hinzu kommt, dass das volle Potential von 5G nur dann gehoben werden kann, wenn eine flächendeckende Glasfaserinfrastruktur alle Sendestandorte verbindet.

Private Investitionen in Netze werden nicht ausreichen, um Österreich rasch mit flächendeckender 5G-Infrastruktur zu versorgen. Die öffentliche Förderung des Ausbaus soll daher weitergeführt werden. Eine Aufstockung auf 10 Mrd. Euro ist notwendig, um Österreich zu einer 5G-Vorreiternation werden zu lassen und private Investitionen für den Ausbau zu lukrieren.

Änderung der Förderbedingungen der Strategie „Breitband Austria 2020“

Bisherige Förderungen führten mitunter zu „Cherry Picking“. Die gewünschten Effekte sind nicht ausreichend eingetreten. Hier kann die öffentliche Hand eingreifen, indem sie Infrastruktur selbst ausbaut und die Netze Dienstbetreibern zur Verfügung stellt.

Auch das WIFO³ empfiehlt den Einsatz von Public-Private-Partnership-Modellen, für den Fall, dass kein Wettbewerb um Förderungen zustande kommt. Es ist daher sicherzustellen, dass diese Modelle sowie der Ausbau durch die öffentliche Hand selbst (Bund, Land oder Gemeinden) ebenso durch Förderungen unterstützt werden können.

Energie

Erneuerbare Energien: Die international und national zu erwartende Emissionsreduktion wird einen Investitionsschub in erneuerbare Energien bringen. Strom wird dabei eine entscheidende Rolle spielen und ein entsprechendes Wachstum verzeichnen. Die Elektro- und Elektronikindustrie kann mit ihren Lösungen zur intelligenten Netzsteuerung einen entscheidenden Beitrag leisten. Netzstabilität und Sicherheit sind für den Produktionsstandort Österreich Grundvoraussetzungen und stellen bezogen auf die bestehende Praxis auch große Herausforderungen dar. Des Weiteren sieht die Elektro- und Elektronikindustrie Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit als wesentliche Eckpunkte, um österreichische Unternehmen im Bereich der Technologieführerschaft zu stärken. Die Verankerung der Energieversorgungssicherheit ist jedenfalls essentiell.

Konkrete Maßnahmen:

- ▶ Rechtliche Regelungen für dezentrale Steuerung der Stromnetze: Die zukünftige Veränderung der Energienetze hin zu mehr Dezentralisierung wird auch dem Verbraucher eine neue Rolle zuteil werden lassen. Er wird neben der Rolle als Konsument auch Erzeuger sein. Auch Speichertechnologien in Verbindung mit der intelligenten Netzsteuerung werden an Bedeutung gewinnen, da sie die notwendige Pufferfunktion übernehmen müssen.
- ▶ Schaffung neuer Ausbildungsplätze, um den zukünftigen Anforderungen des Arbeitsmarktes zu entsprechen.

³⁾Vgl. Klaus S. Friesenbichler, Österreich 2025 – Zur Zukunft der Telekommunikationspolitik in Österreich

Der soziale Aspekt der Sicherstellung der Beschäftigung und deren Herausforderungen, die sich durch die Digitalisierung auch im Energiebereich ergeben, werden auch neue Qualifikationen in der Arbeitswelt nach sich ziehen.

- ▶ Innovationsfreundliche Regulierung: Auch im Bereich der Energie ist es wichtig, Österreich im europäischen Vergleich bestmöglich zu positionieren. Deshalb fordert die Elektro- und Elektronikindustrie eine innovationsfreundlichere Regulierung der Stromnetze, um vor allem für die Flexibilisierung der Energieversorgung vorbereitet zu sein und einen Heimmarkt für Technologieanbieter zu ermöglichen.
- ▶ Des Weiteren bedarf es adäquater Beschaffungsvorgaben, um Stromnetze technisch und organisatorisch „cyber-sicher“ und zukunftsfähig zu gestalten.
- ▶ Weiterentwicklung des Energieeffizienzgesetzes: Neben Versorgungs- und Netzsicherheit, ist Energieeffizienz ein weiterer zentraler Punkt. Es ist elementar, dass das aktuelle Energieeffizienzgesetz evaluiert und weiterentwickelt wird, um Verbesserungspotential nicht zu vernachlässigen. Beispielsweise weniger Einzelverpflichtungen für Betriebe, mehr strategische Maßnahmen auf nationaler Ebene (Abschaffung der Lieferantenverpflichtung). Auch in dem Bereich darf bei der Umsetzung von EU-Zielen kein „Golden Plating“ vorgenommen werden, da dies nicht zur Stärkung des österreichischen Standorts dient. Beim Ausbau der Energieeffizienz sollten Unternehmen verstärkt Freiheiten für Innovation gewährt und Kostenbelastungen vermieden werden.
- ▶ Reduktion der Treibhausgase: Die Elektro- und Elektronikindustrie begrüßt die Erarbeitung einer integrierten nationalen Klima- und Energiestrategie, aber auch hier muss darauf hingewiesen werden, dass diese im Rahmen der Handlungsfähigkeit der Unternehmen bleiben muss. Es müssen jedenfalls Strukturen geschaffen wer-

den; so bedarf es klarer Kompetenzen auch zwischen Bund und Ländern. Beispielsweise gilt es, Treibhausgas-Reduktionsziele von minus 16 Prozent bis 2020 und minus 36 Prozent bis 2030 EU-rechtskonform umzusetzen. Zudem gilt das Ziel 100 Prozent Ökostrom bis 2030. Auch die Technologieneutralität ist zu bewahren d.h. keine Diskriminierung bzw. Verbote einzelner Energieträger wie Öl und Gas!

2. Umwelt

Kreislaufwirtschaft: Das Kreislaufwirtschaftspaket der EU und dessen nationale Umsetzung wird sich mittelfristig auch auf die bestehenden Verpflichtungen der Hersteller hinsichtlich ihrer Produkte (B2B und B2C) auswirken. Über die Verantwortung am Ende des Lebenszyklus eines Produktes hinaus, sind auch Regelungen beabsichtigt, die die Lebensdauer des Produktes (Ecodesign) direkt betreffen. Das bezieht sich sowohl auf das Thema Haltbarkeit (Durability) von Produkten bzw. deren Komponenten als auch auf Fragen von Gewährleistung, Garantie (z.B. in Verbindung mit Reparierbarkeit) und der Vorhaltung von Ersatzteilen. Die Elektro- und Elektronikindustrie ist hier auf europäischer Ebene über die Industrieverbände wie CECED (Hausgeräte) oder Lighting Europe (Licht) direkt eingebunden.

Die Stoffpolitik REACH u. ROHS zu Konfliktmaterialien nimmt im Zuge des zunehmend strengeren internationalen Regulierungsregimes einen immer größeren Stellenwert bei den Unternehmen ein. Oft gibt es einen Konflikt bei der Substitution mit neuen Technologien (Stand der Technik und wirtschaftliche Fragen). Die Elektro- und Elektronikindustrie ist bemüht, Lösungen zu finden, um der Rechtslage zu entsprechen oder das nicht sachgerechte, frühzeitige Ausphasen von Substanzen wie z.B. Anhydriden zu vermeiden.

Auch das Thema „Carbon Footprint“ wird zukünftig immer mehr an Bedeutung gewinnen und somit auch den Käufer bei seiner Kaufentscheidung beeinflussen.

Konkrete Maßnahmen:

- ▶ Es gilt daher, ein Service für den Kunden in der Stoffpolitik sowie die Entsorgung von Altgeräten weiterzuentwickeln. Ebenso ist auf Ebene der Interessenvertretung in unmittelbarer Zusammenarbeit mit den FEEI-Mitgliedern die Erhaltung des Produktionsstandortes Österreich zu priorisieren, als auch die Konzeptionierung zur Versorgungssicherheit aufgrund des erhöhten Strombedarfs der Dekarbonisierung von Industrieprozessen sicherzustellen unter frühzeitiger Einbindung der Industrie.
 - ▶ Um Wettbewerbsnachteile der österreichischen Industrie zu verhindern, ist eine der wichtigsten Forderungen der Elektro- und Elektronikindustrie, dass die Herstellerverantwortung nicht höher bzw. strenger ausgestaltet wird als in anderen Mitgliedsstaaten.
 - ▶ Die Elektro- und Elektronikindustrie sieht es als positiv an, dass im aktuellen Regierungsprogramm enthaltene Maßnahmen zum Thema Bürokratieabbau vorgesehen sind. Diese enthalten zum Teil wichtige langjährige Forderungen seitens der Wirtschaft, wie beispielsweise Beschleunigung und weitere Vereinfachungen von UVP-Verfahren, welche essentiell für den Standort Österreich sind, aber auch in anderen Bereichen (z.B. Abfallrecht, Betriebsanlagenrecht, Wasserrecht) sind weitere Reformen dringend notwendig. Für die Elektro- und Elektronikindustrie ist es wichtig, dass sinnlose Regulierungen identifiziert und abgeschafft werden sowie bestehende Vorschriften mit dem Ziel einer Reduktion durchforstet werden. Zudem wird gefordert, dass „Golden Plating“ zu Lasten von Unternehmen zurückgenommen wird.
 - ▶ Zur Steigerung der Effizienz der Genehmigungsverfahren und zur Vermeidung von kostspieligen Verzögerungen sind Anpassungen im Verwaltungsverfahrenrecht, im Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz und in zahlreichen Materiengesetzen vorzusehen. Ziel dabei ist es, unter Wahrung der umweltpolitischen und nachbarschaftlichen Schutzrechte die Verfahrensdauer wirksam abzukürzen, bestehendes „Golden Plating“ gegenüber zwingenden EU-Vorgaben zu beseitigen, die Parteistellung sachgerecht neu zu regeln, unbestimmte Abwägungsklauseln in Gesetzen sachgerecht zu konkretisieren oder zu streichen, Kundmachungen via Internet zu ermöglichen sowie sicherzustellen, dass willkürliche Verschleppungen dadurch unterbunden werden, dass neue Beweisanträge nur bis zum Schluss der mündlichen Verhandlung gestellt werden können.
 - ▶ Des Weiteren fordert die Elektro- und Elektronikindustrie die Vereinfachung von Meldepflichten und deren Rückbau auf das unionsrechtlich geforderte Maß im Abfallrecht. Zudem sollte das EDM-Abfallportal adaptiert bzw. dessen Rückbau auf das unionsrechtlich geforderte Maß getätigt werden.
 - ▶ Im Zusammenhang mit dem Kreislaufwirtschaftspaket fordert die Elektro- und Elektronikindustrie gesetzliche Rahmenbedingungen zur Förderung des innovativen Ressourcenmanagements sowie die Entwicklung eines strategischen Maßnahmenplans für Umwelttechnologie sowie für die Kreislauf- und Recyclingwirtschaft.
- Der FEEI kooperiert innerhalb seines Netzwerkes auch im Bereich der Entsorgung von Elektroaltgeräten (EAG) mit genehmigten Sammel- und Verwertungssystemen wie dem UFH - Umweltforum Haushalt, das auch national und international entsprechend vernetzt ist und Lösungen rund um das Thema Herstellerverantwortung bei der Entsorgung anbieten kann.**